

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 12

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zuckervorlage verworfen

-an- Die «Stimmfreigabe» verschiedener Parteien, die ja vielfach als Aufforderung zu einem «Nein» aufgefasst wird, hat sich gründlich ausgewirkt. Die da und dort «haus-hohe Verwerfung» war nicht zu vermeiden. Ausschlaggebend waren die *regionalen Interessen* einerseits, das heisst die Ueberlegungen weiter Gegenden, dass sie nur bezahlen müssten und nichts ernten würden, anderseits die *Aengste der Konsumenten* vor der verewigten Zuckerverteuerung. Die Zahlen der Abstimmung reden ausserordentlich deutlich. Quer gegen die *Interessenrechnung* wirkten die *Parolen der politischen Parteien*. Man mag auch dies aus den Abstimmungszahlen lesen: Wie weit sich die Empfehlung der Vorlage durch die Bauernpartei in den bäuerlichen Gemeinden diesmal auswirkte. Andererseits aber: Wie wenig die sozialdemokratische Japarole bei den Arbeitern nützte, welche sich zwei Dinge überlegen mussten: Entweder «Planwirtschaft» im Sektor Zucker, mit einer zu tragenden finanziellen Belastung... oder aber Verzicht auf eine so geartete Planung und dafür wahrscheinlich billigeren Zucker.

Dass die der Zuckerfabrik Aarberg «angeschlossenen» bernischen Aemter *Laupen, Nidau, Aarberg, Büren und Fraubrunnen* mehrheitlich mit Ja votierten, versteht sich eigentlich von selbst. Hier wirkten zusammen die zustimmende Empfehlung der Bauernpartei plus das Interesse der Zuckerrübenpflanzler. Wenn aber unter den annehmenden Aemtern auch Signau, Obersimmental, Niedersimmental, Seftigen und Schwarzenburg zu finden sind, dann muss man den Hut ziehen vor der befolgten Disziplin und vor der Einsicht der annehmenden Mehrheit, welche ja keinerlei garantierte Rübenpreise zu verteidigen hatte. Sie stand für den Gedanken ein, dass wenigstens *etwas* getan werden müsse, um der kommenden Bedrängnis unserer Landwirtschaft entgegenzuwirken. Es kommt einem Bekenntnis zur tatkräftigen Intervention von Staates wegen gleich, der bedrohte lebenswichtige Produktionsbranchen in ihrer Existenz sichern muss.

Neuenstadt

weist in sämtlichen Landgemeinden Ja-Mehrheiten auf, die durch die Neinsager im Städtchen an die Wand gedrückt wurden. Thun als Stadt hat die ländlichen Gemeinden mit seinem Nein überstimmt, Laupen die Mehrheit der Jasager im Amt gefährdet. Wichtige *Nein-Mehrheiten in Biel, in Bern-Stadt, in Burgdorf, in Langenthal, in Herzogenbuchsee* usw. haben im Kanton bewiesen, dass man bei den Arbeitern die Ja-Parole der Partei dem Nein-Interesse der Konsumenten hintangestellt... ferner, dass Planwirtschaft nicht vermehrte Lasten bringen darf, sonst kann sie einem gestohlen werden. Eine lehrreiche Sache übrigens.

Ein Blick auf die *Resultate der übrigen Kantone* dürfte bestätigen, dass die Nein

dort am meisten hagelten, wo man einerseits auf Parolen von Parteien pfeift... siehe Innerschweiz, oder wo man als «Nur-Konsument» empfindet, oder wo man anderseits weiss, dass die Fabrik Andelfingen einem nichts zu verdienen gäbe...

Nach dem Tode Jan Masaryk

Hat sich der gewesene tschechoslowakische Aussenminister Jan Masaryk, Mitglied der Benesch-Sozialisten (der sogenannten «nationalen» oder «tschechischen» Sozialisten), in deren Büro man soeben eine Spionagezentrale entdeckt haben soll, selbst aus dem Fenster gestürzt, oder hat ihn die russische Tscheka durch ihre tschechische «Sektion» beseitigen lassen? Wir sprechen mit der zweiten Möglichkeit Vermutungen aus, die in USA offen diskutiert werden. Man muss wissen, welches die Gedankengänge sind, die zuletzt so viel Miss-trauen zeitigen. Da fragt man uns beispielsweise: «Haben Sie schon überlegt, woraus sich die Machtstellung Joseph Stalins eigentlich erklären lässt? Als «Generalsekretär» der kommunistischen Partei konnte er doch nicht so gefürchtet sein, wie er es tatsächlich immer war! Als Generalissimus und Ministerpräsident mitten im Kriege ebensowenig... und übrigens: Weshalb wurde der «Generalsekretär» vorgeschoben? Warum haben ihm alle andern Platz machen müssen?» Die Frage, so wird uns versichert, könne nicht einfach damit beantwortet werden, dass die Russen einen «Zaren» haben müssen, eine zentrale Führergestalt, zu der sie aufblicken wollen. Etwas anderes sei zu erwägen. Stalin, der einst in Zaryzin aus drei lahmen Regimentern ein einziges tüchtiges formte, indem er durch die eigens dazu eingesetzte *Tscheka* die Mannschaften und Offiziere «säuberte». Stalin sei der erste Chef der *Tscheka* gewesen und habe nachher immer hinter dem jeweiligen Haupt dieser geheimen Staats-polizei gestanden. Auch nachdem sie als «GEPU» reformiert wurde, und heute, da sie als «NKVD» funktioniere, sei er der wahre Chef dieser als «Inquisitionsorgan» aufge-zogenen unsichtbaren Organisation. Daher rühre seine Macht, *nur* daher. Er sei in Wahrheit der einzige nicht von dieser neuen «Inquisition» bespitzelte Russe!

Für die Gläubigen dieser These steht es fest, dass mit den russischen Gesandten in einer fremden Hauptstadt auch sogleich die «Inquisitionsorgane» einzögen. Meist sogar ohne Wissen der Gesandten. Und die Kommunisten, die als «offene Organisation» an der Ausbreitung der Revolution arbeiteten, hätten in der grossen Mehrzahl ebensowenig eine Ahnung davon, *wer* in ihren Reihen Aufsicht zuhanden der geheimen Büros hinten in Moskau führe. Alle Erwägungen, man könnte der «jungen volksdemokratischen Republik» in Prag einen schweren moralischen Schlag versetzen, indem man

den volks-sozialistischen Aussenminister um-bringe, hätte für die Inquisition keinerlei Ge-wicht. Wenn er mit irgendwelcher Sache verknüpft sei, wenn er über die oder jene Sache «zuviel wisse», wenn er ein Hinder-nis in *der* oder jener Richtung bedeute, wenn sein Tod abschreckend auf andere zu wirken verspreche, könne ihn die «Inquisi-tion» bedenkenlos opfern und auf alles pfeifen, was darüber geredet würde. *Benesch*, der eingeschüchtert neben dem neuen kommunistischen Regime steht und alles deckt, weiss, was ihm droht für den Fall, dass er einen Widerstandsversuch wagen wollte. Aber all die andern passiv Widerstrebenden, die in den kommenden Monaten gefasst werden, wissen es nicht... eben weil sie keine Ahnung davon haben, was hinter der spezifisch unschuldigen Kommunistenpartei steht... die «Inquisition»...

Soweit die «Misgtrauischen», die sich übrigens an grossen Beispielen aus der Vergangenheit geschult haben und etwas weniger oberflächlich als seinerzeit die völkischen Feinde der «Freimaurer» und «Weisen von Zion» von «Geheimmächten» fabelten. Man muss ihre Vorstellungen über die Existenz eines bereits über alle Kontinente greifenden russischen Netzes kennen, um zu verstehen, warum das Echo auf den neuesten «Prager Fenstersturz» an so vielen Orten lautete: «Das ist nicht Selbstmord, sondern Mord!» Verwunderlich ist nur, dass manche nicht an die russische Hand glaubten, sondern an die Hand des neuen tschechischen Regimes, d. h. der «Aktionskomitees», oder höchstens an eine Teufelei irgendwelcher Banditen, die *neben* dem Regime her «regierten» und «säuberten».

Die meistgegläubte These und die Gegenthese

über Masaryks Ende wurden am besten vom *britischen Premier Attlee* einerseits, anderseits vom tschechischen «Diktator» *Gottwald an Masaryks Bahre* ausgesprochen. Attlee sagte dem Sinne nach: Masaryk ist das Opfer des kommunistischen Umsturzes. Er hat sich aus Verzweiflung über die Vernichtung der tschechischen Demokratie umgebracht. Gottwald sagte: Masaryk hat sich umgebracht, weil ihn der Verleumdungsfeldzug, der nach dem Umsturz in der Tschechoslowakei drüben im Westen losging, aufs Tiefste traf, sein Gemüt und seine Nerven erschütterte, und ihn, der auch schon vorher leidend war, in den Tod trieb.

Man wird zwei so entgegengesetzte Behauptungen nicht nach dem alten Rezept aller billigen Verwedler, wonach «die Wahrheit wohl in der Mitte liege», zusammenbringen können. Denn die Verzweiflung des Aussenministers kann nur *einen* der beiden Gründe gehabt haben. Geht man mit Attlee einig, dann wird man die Behauptung des tschechischen «Führers» als eine blutige Verhöhnung der Wahrheit wie des Toten selbst empfinden. Nicht mit dem Zwecke, den Toten

zu verunglimpfen, wohl aber, um die öffentliche Meinung des Landes über die Tatsachen hinweg zu täuschen, wurde diese verhöhnende Erklärung abgegeben und das ganze feierliche Getue eines Staatsbegräbnisses inszeniert. Wir im Westen sind mit Attlee gleicher Ansicht und empfinden Gottwalds Leichenrede nun eben so, wir wir es müssen.

Und weil wir sie so empfinden, fangen wir an zu glauben, es könnten doch Geheimnisse um Masaryks Tod geistern, deren Lüftung man erleben möchte. Und wir sagen uns: Wer solche Komödien an Gräbern

aufzuführen versteht, der kann auch sonst allerhand. Es interessiert einen heute zunächst gar nicht, dass in Amerika viele Russlandfeinde an eine Tat der GPU glauben.

Noch etwas verfolgt einen, wenn man Attlees und Gottwalds Aussagen gegeneinander hält: Wieder, wie schon nach der russischen Revolution, dann nach der deutschen, später in Spanien und endlich unter dem Hitler-Regime des Dritten Reiches beginnen die «total verschiedenen Wahrheiten» zweier Lager und Parteien die Weltmeinung zu verwirren. Immer schwerer hält es, zu glauben, dass auf beiden Seiten die Worte

in Treu und Glauben ausgesprochen werden, und dass es nur «unterschiedliche Auffassungen» oder «Verschiedenheiten der Lage» seien, die eine so verrückte Ungleichheit der Berichte erzeuge. Immer mehr neigt man dazu, anzunehmen, auf der einen Seite... am Ende auch auf beiden, würden alle Tatsachen bewusst propagandistisch entstellt. So wie anno 1933 die Hitlerbewunderer glaubten, in den Konzentrationslagern würden die Häftlinge «zur Arbeit für die Volksgemeinschaft erzogen», die Hitlergegner aber Zeugnis um Zeugnis für die dort wütenden Mordmethoden vorlegten, so wird nun wieder Tag für Tag über alles, was hinter dem «eisernen Vorhang» geschieht, von zwei Seiten auf völlig gegensätzliche Weise berichtet. Das ist das Schlimme! Denn gerade die «zwei Wahrheiten» sind es, die im Westen die Völker entzweien. Und die Folgen? Man blickt auf

Italien,

das mit den Wahlen am 18. April entscheiden soll, ob die «kommunistische Front» der beiden Linksparteien oder aber die um de Gasperi versammelten christlichen Demokraten samt allen weiter rechts stehenden Gruppen die Mehrheit erringen. Es scheint heute eine regelrechte Panik ausgebrochen zu sein. Die Industriellen streiken teilweise, der Handel desgleichen; es werden keine neuen Aufträge gegeben und angenommen; man unterlässt die Auffüllung der Lager, damit man nicht für die «Aktionskomitees» arbeite. Die Flucht in leicht bewegliche und leicht flüchtbare Sachwerte, wie Gold, Edelsteine, Kunstwerke oder auch ausländische Papiere, die schwer überzahlt werden, geht Hand in Hand mit der Abstossung italienischer Papiere. Dazu sollen sich bürgerliche, vor allem ehemals fascistische Familien vorsorglich mit Pässen versehen.

Merkwürdig, wie die Feigheit um sich greift, und wie gering der Widerstandswille zu sein scheint! Merkwürdig auch, dass die

«Honscha» ist nicht mehr!

«Honscha» — Hänschen — hat das tschechoslowakische Volk seinen Aussenminister Jan Masaryk genannt, an dem es mit Liebe hing. Denn Jan Masaryk war mehr als nur Diplomat: er war der Sohn eines grossen Vaters, des Begründers der Tschechoslowakei, ein — Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit. — Unser Bild zeigt den toten tschechoslowakischen Aussenminister Jan Masaryk, aufgebahrt im Vestibül des Czernin-Palastes, Sitz des Aussenministeriums.

(Photopress)



Zehntausende von Männern, Frauen und Kinder sind an der Bahre mit dem toten Aussenminister im Czernin-Palais, dem Amtssitz des Toten, vorbeidefiliiert, um Abschied zu nehmen von einem Mann, der in den Herzen der Bevölkerung weiterleben wird. — Unser Bild zeigt tief ergriffene Frauen, die beim Anblick des Toten in Tränen ausbrechen. Eine Bauersfrau, die sich in lauten Klagen erging, wurde von der Polizei weggeführt (Photopress).



Das erste Bild vom Trauerzug durch Prag

Nach der Abdankungszeremonie im Pantheon für den toten Aussenminister Jan Masaryk — wobei die für dessen Freitod Verantwortlichen die Stirn besassen, die offizielle Totenrede zu halten — bewegte sich ein unübersehbarer Trauerkondukt über den Wenzelplatz. Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern säumten die Strassen, um von ihrem «Honscha» Abschied zu nehmen. — Verschiedene Häuser waren schwarz beflaggt. — Unser Funkbild: Der Trauerkondukt bewegt sich vom Pantheon (im Hintergrund) über den Wenzelplatz. Der Sarg Masaryks ruht auf einer Geschützlafette (Photopress-Funkbild).



beiden «Schutzmächte der Demokratie», England und die USA, anscheinend nichts tun, um dem italienischen Volke Gedanken anderer Art einzufliessen. Die Aktionskomitees, welche vor allem bei den Bauernarmen auf dem Lande die «Beschlagnahme des Grossgrundbesitzes üben», so wie man bei uns in den Kursen des militärischen Vorunterrichts die Jugend für die Rekrutenschulen vorbereitet, sind äusserst tätig und hoffen in erster Linie auf das Proletariat der Pächter und landwirtschaftlichen Saison- und Gelegenheitsarbeiter. Nun können sie in der aus Angst gelähmten Industrie neue Stimmen gewinnen, können die Massen jetzt schon darauf vorbereiten, dass «die Kapitalisten» das Land im Stich zu lassen beabsichtigen.

An unsere Abonnenten

Diejenigen unserer Abonnenten, deren Abonnement am 31. März abläuft, haben kürzlich durch die Post einen Einzahlungsschein zur Abonnementserneuerung erhalten. Die Vorauszahlungsfrist, während welcher der Abonnementsbetrag kostenlos auf unser Postcheckkonto III 11266 bezahlt werden kann, dauert bis zum 31. März. Nachher erfolgt Einzug durch Nachnahme mit Spesenzuschlag. Wir bitten deshalb höflich, um Benützung des mit unserer Kontrollnummer versehenen Einzahlungsscheines innert dieser Frist. Besten Dank.

Abonnenten mit Versicherung machen wir besonders darauf aufmerksam, dass die Versicherungsgesellschaft nur ersatzpflichtig wird, wenn das Abonnement bezahlt ist.

Administration «Die Berner Woche».

Wenn es bei den bisherigen amerikanischen Machtdemonstrationen im Mittelmeer bleibt, wenn man in Washington glaubt, die Rohre der grossen Schiffsgeschütze, die gegen die Küstenstädte zielen, würden genügen, um die Entwicklung zu bremsen, dann unterliegen Truman und Marshall einem bösen Irrtum. Vielleicht würde die einfache Erklärung Amerikas, dass man einer Macht-ergreifung durch die «Aktionskomitees» mit einer Gegenaktion begegnen werde, die Stimmung im Lande gründlich ändern und die Kommunisten zur Fortsetzung des Kampfes mit parlamentarischen Mitteln zwingen. Dann bekäme auch de Gasperis Erklärung, dass «Italien nicht gesonnen sei, wie die Tschechoslowakei zu enden», ihr wirkliches Gewicht.



Oben links: Lausanne—Bern 2:3. Im Meisterschaftsspiel Lausanne-Sports—FC Bern wirkte erstmals der bekannte Internationale Verbindler Hanspeter Friedländer nach längerer Boykottzeit wieder mit und führte sich vorteilhaft in das Waadtländer Angriffsquintett ein. — Unser Bild zeigt Friedländer (rechts) im Kampf mit einem Berner Verteidiger.



Oben rechts: Es ist noch nicht lange her, da flatterten in die Welt hinaus Bilder von einem überschwemmten Venedig mit Menschen, die auf Notstegen den Markusplatz überschritten. Nach diesem Wasserüberfluss hat die Lagunenstadt wieder zu wenig Wasser und in den kleineren Kanälen singt kein Gondoliere seine schmachtenden Lieder... Hier ist nichts mehr zu sehen von der Romantik Venedigs: was übrig blieb, ist stinkendes Wasser, Schlamm und Abfälle (ATP).

Rechts: In Kontrollturm des irischen Flugplatzes Shannon, der von der Regierung mit einem Kostenaufwand von 45 Millionen Schweizer Franken erstellt wurde und der eine wichtige Rolle im Transatlantikverkehr zwischen den USA und ganz Europa als Zwischenlandeplatz und Funkstation spielt, brach ein Feuer aus, das auch auf andere Bauten übergriff. Gleich nachdem dieses Funkbild aufgenommen wurde, brach der Turm zusammen und stürzte auf ein Nebengebäude. Der Schaden ist gross, und die Transatlantikfliegerei hat eine Basis eingebüsst (ATP).

Links: An den in Bern ausgetragenen Boxermeisterschaften gab es gleich sechs neue Meister. Dagegen konnte der Meister im Bantamgewicht, Pfister II (Bern) seinen Titel erfolgreich gegen Bucher (Schaffhausen), links, verteidigen (ATP).

Rechts: Auf einer Baustelle in Lausanne wurde ein eratischer Block von 1 1/2 m Höhe aufgefunden, den der alte Rhonegletscher vor abertausenden von Jahren an die Gestade des Lemans getragen hat. Im Garten von Closelet, in Lausanne reckt nun der Tausendjährige in der Silhouette des «kleinen Matterhorn» sein ehrwürdiges Haupt zur Freude aller Stadtbewohner und vor allem der Kinder, die hier wohl ihre ersten alpinistischen Versuche unternehmen werden (ATP).

